

Konjunkturpolitisches Recycling-Problem

Von Dieter Suhr

aus „Geld ohne Mehrwert“ S.112 ff.



Weil das derzeitige Geld nicht neutral wirkt, hat es zur Folge, daß monetäre Anwartschaften aufs Sozialprodukt in falsche Kassen fließen, wo sie sich typischerweise als entbehrliches (marginales) Vermögen niederschlagen, das wieder nur Zinsen und Renditen sucht, statt Waren Dienstleistungen oder Kostbarkeiten nachzufragen. Wegen des listigen Nachfrageausfalls führt das u. a. zu konjunkturpolitischen Recycling-Problemen: Wie können die fehlgeleiteten Mittel wieder der Nachfrage von Letztverbrauchern zugeführt werden? Über Staatsverschuldung und Konsumentenkredite! Die freilich machen das Problem, das sie kurzfristig entschärfen, langfristig um so brisanter, weil die Nachfrage dieser Letztverbraucher durch den Zins mehr und mehr gebremst wird und weil diese Zinsen jene ordnungspolitisch unsinnigen Vermögensmassen nur noch weiter aufblasen, die den Nachfrageausfall verursachen und das Recycling-Problem auslösen.

Wird die ordnungspolitische Problematik noch eine Stufe weiter abstrahiert, so ergibt sich folgender, sehr einfacher und sehr weittragender Befund: Weil der Vorteil von Liquidität kein Verdienst dessen ist, der Geld in die Hand bekommt, fließt mit der Liquiditäts(verzichts)prämie zu ihm ein Einkommensstrom hin, den er nicht verdient. Diese Fehlallokation hat zur Folge, daß monetäre Nachfragekapazität an einer Stelle aufgebaut wird, wo sie nicht hingehört. Insbesondere handelt es sich nicht um einen Unternehmerlohn, den verdient, wer geschickt einen volkswirtschaftlichen Bedarf mit entsprechenden Leistungen deckt. Durch die Zinsen (und für Renditen gilt Entsprechendes, soweit sie „Verzinsung des eingesetzten Kapitals“ enthalten) wird also monetäre Nachfragekapazität an falsche Stellen verschoben, und zwar an Stellen, an denen weder der Bedarf nach Verbrauch noch der Bedarf an eigenen Investitionen besteht, jedenfalls nicht in dem Umfang, daß von einer richtigen, marktmäßigen Allokation die Rede sein könnte. Infolgedessen entwickeln sich auseinander: einerseits der Bedarf an Leistungen der Volkswirtschaft und andererseits die Zuordnung monetärer Kaufkraftkapazität.

Am Ende also fehlt dem Bedarf zur Nachfrage das Geld, und dem Geld fehlt zur Nachfrage der Bedarf, so daß weder der Bedarf allein noch das Geld allein zur wirksamen Nachfrage werden können. Erst wenn beide wieder zusammengeführt werden, wenn also das Geld zum Bedarf hin zurücktransferiert wird, kommt wieder Nachfrage von Investoren nach Investitionsgütern und Nachfrage von Letztverbrauchern nach Konsumgütern und Dienstleistungen zustande. Das ist der Umweg, den das fehlgeleitete Geld einschlagen muß. Das ist das Recycling, von dem die Rede war. Aber der Umweg und das Recycling sind mit Kosten verbunden: mit den Zinsen und dem Zinsanteil von Renditen.

Bei dem Recycling der Gelder aus den „Kassen mit Geld ohne Bedarf“ in die „Kassen ohne Geld mit Bedarf“ durch Kredite handelt es sich um Transaktionen im monetären Bereich. Daher handelt es sich auch bei den Zinsen um monetäre Transaktionskosten, die das monetäre Recycling und damit auch die Marktwirtschaft überhaupt belasten und hemmen. Werden die Recyclingkosten gesenkt oder abgeschafft, so wird zugleich die Marktwirtschaft entlastet von verhängnisvollen monetären Transaktionskosten.

Ordnungspolitisch gesehen handelt es sich bei den Zinsen und Renditen also schlicht um die Kosten eines Recycling, das wegen vorhergegangener Fehlallokation erforderlich wird, um die Faktoren wieder zusammenzubringen, aus denen Nachfrage hervorgeht. Weil mit steigenden Fehlallokationen auch der Recycling-Bedarf steigt, nährt sich der verhängnisvolle Prozeß selbst. Und weil die Zinsen und Renditen dorthin fließen, wo schon die ausgezahlten Mittel nicht hingehörten, ernährt sich der Prozeß nicht nur selbst, sondern er verstärkt sich auch selbst. So kommt es zu einer Wirtschaft mit eingebauter Krisenautomatik und mit eingebauter Selbstzerstörung.

Wohlgemerkt: Nicht der Bedarf nach Verschiebung von monetärer Nachfragekapazität an sich und seine Befriedigung durch Kredite ist pathologisch. Nur die Transaktionskosten des Recycling sind Gift. Jede Rückführung von Geld, um einem Bedarf wieder zur Nachfrage zu verhelfen, belastet die



Zeitschrift für Sozialökonomie

Die „Zeitschrift für Sozialökonomie“ hat sich die wissenschaftliche Vertiefung der Geld- und Bodenreform zur Aufgabe gemacht. Herausgegeben von der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ (1. Vors. ist der Jurist Fritz Andres) und der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ (1. Vors. ist der Ökonom Prof. Dr. Dirk Löhr) erscheint sie im Verlag für Sozialökonomie – Gauke GmbH in Kiel und ist in nahezu 100 wissenschaftlichen Bibliotheken im In- und Ausland vorhanden.

Statt der gewohnten vier Einzelhefte pro Jahr gab es im Jahr 2008 zwei Doppelhefte mit den Schwerpunktthemen:

- Krise auf den internationalen Finanz- und Immobilienmärkten (Folge 156-157)
- Regionalgeld, Solidarische Ökonomie und deren Menschenbild (Folge 158-159).

Im aktuellen Heft (Folge 160-161) geht es u.a. um einen differenzierten Blick auf die widersprüchlichen, sowohl problematischen als auch unentbehrlichen Funktionen des Zinses in der Wirtschaft. Seit Ende 2008 gibt es die „Zeitschrift für Sozialökonomie“ auch im Internet unter:

www.sozialoekonomie.de

Silvio Gesell

Zu den maßgeblichen Wegbereitern einer Geld- und Bodenreform als Schritt zur Verwirklichung einer monofreien Marktwirtschaft ohne Kapitalismus gehört der deutsch-argentinische Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell. Über dessen Leben und Werk – auch über die Übersetzungen des Hauptwerks in andere Sprachen – gibt es ausführliche Informationen im Internet. Kürzlich wurden sie um eine umfangreiche Sammlung von Leseproben aus seinem Gesamtwerk erweitert, die im Frühjahr 2012 zu Gesells 150. Geburtstag auch als Buch erscheinen soll. Internet: www.silvio-gesell-de

Volkswirtschaft mit Kosten vom Typ der Bestandhalterkosten, also mit „Kosten pro Zeiteinheit“. Das System ist geldordnungspolitisch darauf programmiert, daß es dabei langfristig so gut wie kein Zurück gibt, sondern immer nur ein Vorwärts: kein Fallen der gesamten monetären Recycling-Kosten, sondern nur ein Wachsen. So entstehen jene wahnwitzig aufgeblähten Ballons von Vermögen in der Form von Kredit- und Zinsforderungen, die eines schönen Tages platzen müssen, wenn nicht durch drastische Inflation der Druck abgelassen oder auf eine andere Weise Abhilfe geschaffen wird. Langfristig hilft nur die Abschöpfung des Mehrwertes von Geld durch die Ausgleichsabgabe auf Liquidität: die Entlastung der Marktwirtschaft von dysfunktionalen monetären Transaktionskosten.

Bei den Geldern, die sich in den Kassen ohne realen Bedarf befinden, handelt es sich im übrigen um Gelder, die funktional nicht dazu prädestiniert sind, ein sicheres Zinseinkommen zu ermöglichen, sondern dazu, Risiko zu tragen: Es handelt sich der Tendenz nach um marginales Vermögen, das nicht für existentielle Zwecke gebraucht wird. Also steht es als „Spielmasse“ zur Verfügung, bei der ein „Spielverlust“ den „Spieler“ nicht existentiell, sondern nur marginal trifft. Solange jedoch die Gelder ohne realen Bedarf ein sicheres Zinseinkommen ermöglichen, verringert das die Neigung der Anleger, um eines möglichen Gewinnes willen ein Risiko einzugehen. Kann aber der Anleger „Mehrwert“ nur noch erhoffen, wenn er etwas riskiert, wächst seine Neigung, Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Und wenn er jetzt einen Gewinn macht, so ist dieser Gewinn nicht mehr unverdient und fehlallokalisiert, sondern legitime Risikoprämie, die denjenigen mit noch mehr risikobereiter Liquidität versorgt, der Risiken offenbar richtig einzuschätzen weiß. Das „Geld ohne Mehrwert“ würde also nicht das Ende der Bereitschaft darstellen, Risikokapital zur Verfügung zu stellen, sondern diese Bereitschaft fördern. Zugleich würden die marginalen Vermögensbestände funktional optimal als Risikopuffer, statt zur reinen Abzweigung von „Mehrwert“ eingesetzt.



Dieter Suhr, 1939-1990, war Jurist, Privatdozent und Assistenzprofessor der Freien Universität in Berlin. Ab 1975 war er Professor für öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik an der Universität Augsburg, parallel dazu war er Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof.